



**Information zur Pressekonferenz
„Zwei Jahre Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt“
am 29. Februar 2008 in der Ev. Stadtakademie, Römerberg 9, Frankfurt/M.**

Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main

Sabine Kalinock / Stella Schicke

Abschiebungsbeobachterinnen am Flughafen Frankfurt

Das Forum Abschiebungsbeobachtung in Frankfurt am Main ist nach Düsseldorf die zweite Einrichtung in Deutschland, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Einsicht in diesen sensiblen, öffentlich nicht zugänglichen Bereich zu erhalten und im konstruktiven Dialog mit allen beteiligten Personen und Behörden Verbesserungen zu erarbeiten. Dieser Prozess ist nicht frei von Konflikten. Besonders in der Anfangszeit stießen die Beobachterinnen auf Misstrauen und fehlende Akzeptanz. Die Frage über die Befugnisse der Abschiebungsbeobachterinnen und das Spannungsverhältnis zwischen reiner Beobachtung und der Interaktion mit allen am Abschiebungsprozess Beteiligten, wie in der Stellenkonzeption vorgesehen, wird weiterhin in Teilen kontrovers diskutiert.

Die zentralen, noch immer aktuellen Problembereiche sind im ersten Jahresbericht im Einzelnen aufgeführt. Exemplarisch:

- Gleich der erste Fall ist ein traumatisierter und an reaktiver Depression leidender Tamile, der zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern nach Sri Lanka abgeschoben werden soll. Trotz zahlreicher anderslautender umfassender Gutachten der betreuenden Ärzte, rechtfertigte ein von den Behörden in Auftrag gegebene kurze Beurteilung die Abschiebung der Familie. Der Begleitarzt schwärmt vom Hotel auf dem Inselstaat.
- Ein anderer Begleitarzt will nach Abbruch der Maßnahme durch die Bundespolizei den unter einem Gehirntumor leidenden Mann aus Ghana doch noch zum Flug überreden. Den Verdienstausschlag ersetze ihm schließlich niemand.
- Bei einem zuckerkranken Mann aus Ghana stellt sich im Gespräch heraus, dass das Transportkommando vergessen hat, sein Insulin einzupacken.
- Die Familie aus Togo lebt seit 13 Jahren hier, alle Kinder sind in Deutschland geboren. Zwei Kleinkinder leiden unter schwerer Neurofermitis. Eine Versorgung mit



Medikamenten hat die Ausländerbehörde vergessen. Die Familie wird auseinandergerissen. Der Vater bleibt als einziger in Deutschland zurück, da er aufgrund einer Herzerkrankung nicht reisefähig ist.

- Bei der schwangeren Frau aus der Türkei versuchen hessische Landesbeamte sie - entgegen den Bestimmungen der BestRückLuft - unter Anwendung von Zwang ins Flugzeug zu bringen.
- Der junge Mann aus Afghanistan, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling einreiste, wird mit Erreichen der Volljährigkeit in ein ihm fremdes, von Anschlägen geschütteltes Land abgeschoben.
- Die Familie aus der Türkei weiß nicht wie sie aus Istanbul ins über 1.000km entfernte Dorf bei Diyarbakir gelangen soll, da sie völlig mittellos ist.

Die Arbeit vor Ort bedeutet, tagtäglich mit einer Vielzahl von Schicksalen, Verzweiflung und gescheiterten Hoffnungen konfrontiert zu sein. Die Vorgeschichte und eventuellen Verfahrensmängel sind angesichts der begrenzten Zeitspanne bis zum Abflug nicht leicht zu eruieren. Ungewiss bleibt auch das weitere Schicksal der Menschen. Was passiert mit der Familie aus der Türkei, wenn sie nach 15 Jahren in Deutschland mit ihrem behandlungsbedürftigen behinderten und epilepsiekranken Sohn in dem Dorf an der Grenze zum Irak ankommt? Was ist, wenn der Junge fern von medizinischen Einrichtungen seinen nächsten Anfall hat? Was passiert mit dem gut integrierten afghanischen Ehepaar, das mit seinen zwei kleinen Töchtern und dem Säugling als erste und wohl einzige Familie nach Kabul abgeschoben wurde? Oder mit der betagten zuckerkranken Frau aus dem Südiran, wenn sie ohne Geld und Medikamente in Teheran landet?

Die Erfahrungen der letzten 22 Monate haben zweierlei deutlich gemacht: Zum einen konnten wir eine Anwendung übermäßiger Gewalt durch die Beamten der Bundespolizei nicht beobachten. Zum anderen wurde deutlich, dass ein Großteil der Probleme im Vorfeld entstanden und nicht von der Bundespolizei zu verantworten ist.

Fokus wird auch in Zukunft bleiben, einen verantwortungsbewussteren Umgang bei der beabsichtigten Abschiebung von kranken Menschen zu erreichen, etwa hinsichtlich der Ausstellung von Flugtauglichkeitsbescheinigungen, der Auswahl der Ärzte und der Versorgung mit Medikamenten. Gerade hier sollte der Grundsatz der Dienstanweisung der Bundespolizei (BestRückLuft) im Vordergrund stehen: „Keine Abschiebung um jeden Preis“.

Fortschritte konnten in Teilbereichen bereits erzielt werden. Direkt in der Rückführungsstelle wurde eine Notversorgung mit Essen und Trinken eingerichtet. Mittellose Menschen erhalten einen, wenn auch sehr begrenzten Geldbetrag aus kirchlichen Spendengeldern. Langfristiges Ziel ist allerdings ein Handgelderlass in Hessen und anderen Bundesländern.

Längerfristig müssen auch die Entwicklungen auf europäischer Ebene mit einbezogen werden. Angesichts der zunehmenden Zahl von europäischen Sammelabschiebungen können Frankfurt und Düsseldorf als Vorbild für die Einrichtung ähnlicher Monitoringsysteme an anderen europäischen Flughäfen dienen.

Robert Eberle
Pressesprecher Bistum Limburg

Pfarrer Stephan Krebs
Pressesprecher EKHN